

"Werther - Das geht anders!" lehnt den Haushaltsentwurf 2024 ab

Seit dem Beginn unserer Ratsperiode vor 3 Jahren sind die Bundesbürger, und damit auch wir in Werther, permanent mit Krisen und Kriegen konfrontiert. Krisen, ausgelöst durch Covid-19 und den russischen Überfall auf die Ukraine, aber befeuert durch eine unverantwortliche Politik der Bundesregierung, die statt Probleme mit zurückhaltender Vernunft, Diplomatie und Deeskalation zu lösen, auf Militarismus, Aufrüstung und eskalierende Waffenlieferungen setzt. Die ehemalige Friedenspartei SPD will eine Führungsrolle Deutschlands in der Welt und Friedenspolitik durch das Militär. Tausende Soldaten nach Litauen, Kampfflugzeuge nach Bulgarien, neue Atomwaffen in Europa. Warum man so geschichtsvergessen auf einen 3. Weltkrieg zutaumeln will, ist uns ein Rätsel.

Die angekündigte „Zeitenwende“ oder „Doppelwumms“ verschlingt natürlich enorme Summen, hunderte Milliarden. 100 Mrd. allein für das Sondervermögen Bundeswehr, ohne das Parlament zu fragen, da dessen Zustimmung bei Sondervermögen entbehrlich ist.

Der Bundesrechnungshof listet 29 Sondervermögen (in Wirklichkeit Schuldenberge) auf, alle per Regierungsbeschluss und ohne Parlamentszustimmung, wie in gewöhnlichen Autokratien. 800 Mrd. allein in den 3 Jahren von 2020-22. Aktuell weitere 212 Mrd. im Klima- und Transformationsfonds (KTF), finanziert durch die CO₂-Abgabe der Verbraucher, 200 Mrd. im Wirtschaftstabilisierungsfonds (WSF) zur Subventionierung der Energiemonopole.

Zu den unzähligen Milliarden geschenken für die Corona-Pharmaindustrie (Geheimdeal Pfizer – von der Layen), kommen dutzende Mrd. für Waffenlieferungen an die Ukraine zur Kriegsverlängerung, um „Russland zu ruinieren“, 15 Mrd. Förderung für Intel/TSMC, 4 Mrd. für Siemens, 2 Mrd. für Thyssen Krupp, 14 Mrd. Subventionen für die Autoindustrie (Umbau zur E-Mobilität), 8,5 Mrd. jährlich für reduzierte Diesel-Besteuerung, 4,4 Mrd. für RWE/LEAG, dafür dass sie in Zukunft weniger unsere Luft verpesten usw. Die Liste liesse sich noch minutenlang fortführen. Die Sinnhaftigkeit dieser füllhornartigen Grosszügigkeit darf bezweifelt werden. Wir werden nie erfahren, wieviele Mrd. der Energieriese E.ON zur Unterstützung bei der Energiepreispbremse erhalten hat. Das Wirtschaftsministerium prüft hier auch nicht selbst, sondern Habeck hat den Prüfungsauftrag an PricewaterhouseCoopers (PwC) vergeben, ausgerechnet an das Beratungsunternehmen, welches auf Beratung der Energiewirtschaft spezialisiert ist. Die Interessenkollision ist anscheinend so gewollt.

Es lief also alles wie geschmiert, bis – ja bis – das Bundesverfassungsgericht dazwischengrätschte. Plötzlich läuft es nicht mehr ruckellos mit Sondervermögen, Schattenhaushalten, Nebenhaushalten etc.. Schuldenbremse, Jährigkeit, Kreditermächtigungen müssen beachtet werden. Aber unsere Verfassungsfeinde bringen schon ein Aussetzen der in der Verfassung verankerten Schuldenbremse ins Spiel – wegen einer aussergewöhnlichen Notlage – die sie allerdings selbst geschaffen haben.

Dieses absurde Schauspiel der letzten 3 Jahre hat dazu geführt, dass aktuell 73 % der Bevölkerung unzufrieden mit der Regierung sind – ein Spitzenwert! Die Bundesbürger ahnen schon, dass Steuererhöhungen, weitere Umverteilung und Sozialkahlschlag die Folge sein werden.

Und welche Folgen hat das für eine Gemeinde wie Werther? Das ist einfach zu beantworten: Wenn nur Bund und Land Gesetzgebungskompetenz haben, sie den Gemeinden Pflichtaufgaben auferlegen aber von ihren Steuereinnahmen nur das an die Gemeinden weiterreichen, was ihnen

